

Gericht nimmt Eltern Sorgerecht für Tochter nach Streit um Geschlechtsumwandlung

Familiengericht entzieht Eltern in der Schweiz Sorgerecht, da sie Geschlechtsumwandlung ihrer Tochter ablehnten. ADF unterstützt Eltern.



NACHRICHTEN AG
ECHT. AKTUELL. FREI. - NEWS IN ECHTZEIT

Eltern verlieren Sorgerecht: Die Auswirkungen auf die Gemeinschaft

In der schweizerischen Stadt Genf ereignete sich ein Vorfall, der nicht nur die betroffene Familie, sondern auch die weitere Gesellschaft stark beeinflusst hat. Eine damals 13-jährige Jugendliche teilte ihren Eltern vor drei Jahren mit, dass sie sich im männlichen Geschlecht identifiziert. Diese Offenbarung geschah vor dem Hintergrund bestehender psychischer Schwierigkeiten während der Corona-Pandemie, wobei das Mädchen viel Zeit allein und online verbracht hatte.

Die Eltern, die aus Sicherheitsgründen anonym bleiben möchten,

nahmen Kontakt mit einem staatlichen Krankenhaus auf. Dort wurde in nur einem halbstündigen Termin bei der Jugendlichen Genderdysphorie diagnostiziert, und es wurde empfohlen, Pubertätsblocker einzunehmen. Die Eltern lehnten diese Behandlung ab und entschieden sich für eine psychotherapeutische Betreuung.

Unterdessen behandelte die Schule das Mädchen bereits als Jungen und führte eine soziale Transition durch. Dieser Prozess, bei dem Geschlecht und Name geändert werden, dient als Vorstufe für physische und irreversible Schritte wie Pubertätsblocker und operative Eingriffe. ADF International vertritt die Eltern rechtlich und meldete, dass die Schule diese Maßnahmen gegen den ausdrücklichen Willen der Eltern unternommen habe.

Ein entscheidender Moment war, als die Eltern der Schule wissenschaftliche Studien vorlegten und Gesetze zitierten, die den affirmativen Ansatz bei der Behandlung von Geschlechtsdysphorie in Frage stellen. Die Schule antwortete darauf, indem sie das Jugendamt und die staatlich finanzierte LGBT-Organisation „Le Refuge“ informierte. Seitdem wurde den Eltern Missbrauch vorgeworfen, da sie eine psychotherapeutische anstelle einer medizinischen Transition befürworteten.

Gerichtliche Entscheidungen und ihre Auswirkungen

Ein Familiengericht entzog den Eltern schließlich teilweise das Sorge- und Aufenthaltsbestimmungsrecht. Im April 2023 wurde das Mädchen in ein staatliches Jugendheim gebracht. Unter dem Einfluss von „Le Refuge“ und dem Jugendamt, setzte sie ihre Schritte in Richtung einer Geschlechtsumwandlung fort und beendete die psychotherapeutische Behandlung.

Das Gericht übertrug zudem die Entscheidung über die

behandelnden Ärzte an das Jugendamt. Die Eltern wurden dazu gezwungen, die Personaldokumente ihres Kindes herauszugeben, damit es offiziell das Geschlecht ändern kann. Diese formale Änderung ist Teil des affirmativen Ansatzes und ein Schritt hin zu einer physischen Geschlechtsumwandlung.

Aktuell kämpfen die Eltern darum, das volle Sorgerecht für ihre Tochter zurückzubekommen. Felix Böllmann, der verantwortliche Anwalt, äußerte: „Kinder, die mit ihrem biologischen Geschlecht unzufrieden sind, verdienen einen würdevollen Umgang und einfühlsame psychologische Betreuung. Die Eltern haben sich mit viel Liebe und Aufwand um ihr Kind gekümmert.“

Die Rolle der Politik und mögliche Lösungen

Solche Vorfälle werfen die Frage auf, wie die Politik hätte eingreifen können, um das Ereignis zu verhindern. Mögliche Lösungen umfassen die Einführung klarer Richtlinien für den Umgang mit Genderdysphorie bei Minderjährigen, die sowohl medizinische als auch psychologische Perspektiven berücksichtigen. Zudem könnte eine engere Zusammenarbeit zwischen Eltern, Schulen und medizinischen Fachkräften gefördert werden, um einen konsensbasierten Ansatz zu finden, der sowohl das Wohl des Kindes als auch die elterlichen Rechte respektiert.

Ein weiteres wichtiges Element wäre die Schaffung von Aufklärungsprogrammen für Eltern, Schulen und Gemeinschaften, um ein besseres Verständnis und Sensibilität für Geschlechtsidentitätsfragen zu fördern. Nur durch koordinierte, präventive Maßnahmen kann sichergestellt werden, dass ähnliche Situationen in Zukunft vermieden werden.

Es ist unabdingbar, dass die Gesellschaft Wege findet, betroffene Familien zu unterstützen, anstatt sie zu spalten. Nur

so kann das Vertrauen zwischen Eltern, Kindern und Institutionen wiederhergestellt werden, wodurch langfristig das Wohl aller Beteiligten sichergestellt wird.

– **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de